FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI

Bundesschiedsgericht

Beschluss

verkündet am 11.12.1992

B-8/X-92

In dem Schiedsgerichts-Beschwerdeverfahren

F.D.P.-Mitglieder S[1/3], u.a.,

- Antragsteller und Beschwerdeführer -

Verfahrensbevollmächtigter: Rechtsanwalt H aus B

g e g e n

den F.D.P.-Ortsverband B,

vertreten durch die Vorsitzende S[2] aus B

- Antrags- und Beschwerdegegner -

Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte K[1] und Partner aus B

hat das Bundesschiedsgericht unter dem Vorsitz des stellvertretenden Präsidenten

Dr. Kurt Wöhler

und unter Mitwirkung der Beisitzer

Hermann Bach

Hubert Conrad

Irmfried Lochner

Günther Kastenmeyer

am 11. Dezember 1992 in Bonn mit Zustimmung der Verfahrensbeteiligten ohne mündliche Verhandlung beschlossen:

1. Die Beschwerde der im Ortsverband B geführten F.D.P.-Mitglieder: F, H, M, K[2], K[3], S[1], S[3], T[1], T[2], U gegen den Beschluß des Landesschiedsgerichts des F.D.P.-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen vom 29.4.1992 - VIII-1/92 wird zurückgewiesen.
2. Kosten werden nicht erhoben. Außergerichtliche Kosten werden nicht erstattet.

Gründe

I.

Die im Beschlußtenor verzeichneten Antragsteller und Beschwerdeführer sind Mitglieder des Antragsgegners/Beschwerdegegners (eines Ortsverbandes der F.D.P., der dem Kreisverband L nachgeordnet ist). Der Antragsgegner/Beschwerdegegner hielt am 4.2.1992 einen ordentlichen Parteitag ab, zu welchem die Mitglieder mit Schreiben vom 15.1.1992 eingeladen worden waren. Gegenstand der Tagesordnung waren unter Punkt 7. Wahlen zu dem Vorstand. Der Einladung hatten 62 Parteimitglieder Folge geleistet, neben den Antragstellern/Beschwerdeführern auch die Parteimitglieder S[4] und B. Die Wahlen leitete der Kreisvorsitzende E. Bei der Wahl des ersten Vorsitzenden entfielen bei drei Enthaltungen auf die bisherige Amtsinhaberin S[2] 31 Stimmen, auf den Gegenkandidaten R 28 Stimmen. Der zweite Wahlgang erbrachte dieselben Stimmenzahlen, so daß Frau S[2] als gewählt angesehen wurde.

Zur Wahl des ersten Stellvertreter stellten sich die Parteimitglieder P und H. Ersterer erhielt im ersten Wahlgang 31 Stimmen, H bei einer Enthaltung 30 Stimmen. Im zweiten Wahlgang gab es eine ungültige Stimme, bei einer Enthaltung erhielten beide Bewerber je 30 Stimmen. Im 3. Wahlgang wurde P durch Losentscheid bestimmt.

II.

Die Antragsteller/Beschwerdeführer fochten die Wahlen zum Landesschiedsgericht Nordrhein-Westfalen mit der Begründung an, die Parteimitglieder S[4] und B hätten zu Unrecht an den Wahlen teilgenommen, wodurch die Wahlergebnisse aber maßgeblich deshalb beeinflusst worden seien, weil ihre zwei Stimmen jeweils den Ausschlag gegeben hätten. Beide seien deshalb nicht wahlberechtigt gewesen, weil sie nicht entsprechend § 3 Abs. 1 der für den Ortsverband B maßgeblichen Rahmensezung für Ortsverbände im F.D.P.-Landesverband Nordrhein-Westfalen ihren Hauptwohnsitz im Wahlgebiet gehabt hätten. Ihre dahingehende Behauptung stellten sie durch Einholung einer Auskunft bei der Meldebehörde unter Beweis. Zur Glaubhaftmachung reichten sie entsprechende Negativauskünfte der Meldebehörde ein. Wegen des Inhalts wird auf die Akten verwiesen. Sie haben daher beantragt,

die Wahlen zum Ortsvorstand des Antragsgegners/Beschwerdegegners vom 4.2.1992 für nichtig zu erklären.

Der Antragsgegner/Beschwerdegegner hat beantragt,
den Antrag zurückzuweisen.

Seinen Antrag hat er damit begründet, daß beide Parteimitglieder in seinem Bezirk Wohnungen gehabt hätten und damit auch stimmberechtigt gewesen seien. Die Wahlberechtigung beider habe der Wahlleiter zutreffend festgestellt. Dem Landesschiedsgericht hat der Antragsgegner/Beschwerdegegner zum einen eine persönliche Erklärung des Wahlleiters vom 26.3.1992 "als Zeuge im Verfahren" vorgelegt. Wegen des Inhalts desselben wird auf die Akten verwiesen. Des weiteren hat er zwei Bestätigungen der Kreisgeschäftsführerin des Kreisverbandes L vom 24.3.1992 nebst persönlichen Erklärungen von Frau B vom 21.3.1992 und von Herrn S[4] vom 19.3.1992 vorgelegt. Wegen deren Inhalt wird ebenfalls auf die Akten verwiesen.

III.

Das Landesschiedsgericht hat den Antrag auf Wahlanfechtung für zulässig und fristgerecht erhoben angesehen, sowie die Antragsberechtigung für gegeben erachtet. Es hat ihn ohne die angebotene Beweiserhebung als unbegründet zurückgewiesen. Bezüglich beider Parteimitglieder hielt das Landesschiedsgericht für erwiesen, daß sie am 4.2.1992 im Sinne von § 3 der Ortssatzung ihren Hauptwohnsitz im Gebiet des Antragsgegners/Beschwerdegegners gehabt hätten. Unter Bezugnahme auf das in NVwZ 1989 Seite 1082 abgedruckte Urteil des OVG Münster stellte das Landesschiedsgericht fest, daß der Begriff Hauptwohnsitz nicht im melderechtlichen Sinne auszulegen sei, da dieser Begriff im hier maßgeblichen privatrechtlichen Bereich bedeutungslos sei. Im privatrechtlichen Bereich komme es nach der Ortssatzung darauf an, ob die Mitglieder im Gebiet des Ortsverbandes wohnen und ob die damit verbundene Wohnung - neben anderen denkbaren Wohnungen insoweit als Hauptwohnung angesehen werden könne, als es die Mitgliedschaft in einer politischen Partei angehe.

Entscheidend sei danach, wo sie sich als Mitglieder meldeten, ihren Beitrag entrichteten und ausschließlich an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen. Dabei würden sie parteirechtlich auch für die jeweiligen Ortsverbände erkennbar einen einzigen Hauptwohnsitz begründen, der sich von allen anderen Wohnsitzen unterscheidet. Auf die melderechtlichen Erklärungen komme es daher nicht an. Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Gründe des Beschlusses vom 29.4.1992 - VIII-1/92 – verwiesen.

IV.

Gegen diese ihrem Bevollmächtigten und Mit Antragsteller Nr. 10 am 11.5.1992 zugestellte Entscheidung haben die Antragsteller/Beschwerdeführer am 1.6.1992

Beschwerde zum Bundesschiedsgericht eingelegt. Mit ihr erstreben sie die Aufhebung der Entscheidung. Zur Begründung verweisen sie darauf, daß das Landesschiedsgericht aufgrund einer Fehlinterpretation des Begriffs Hauptwohnsitz in § 3 Abs. 1 der für die Wahlen maßgeblichen Satzung zu einer falschen Entscheidung gelangt sei. Der Begriff des Hauptwohnsitzes sei sowohl in der Rechtsprechung als auch nach der allgemeinen Lebensanschauung ein verbindlicher Begriff. Er sei in § 7 Kommunalwahlgesetz Nordrhein-Westfalen und in § 16 Abs. 2 des Meldegesetzes Nordrhein-Westfalen definiert. Diese Definition sei daher maßgeblich. Nicht ohne Grund werde in § 3 Abs. 2 der Satzung ein Anhörungsrecht eröffnet, wenn aufgrund unterschiedlicher Wohnsitze zwei Ortsverbände für die Mitgliedschaft zuständig seien. Dieses Anhörungsrecht, das nicht fakultativen Charakter habe, sei auf jeden Fall verletzt worden. Noch wenige Tage vor der Mitgliederversammlung sei dem Zeugen G (dem damaligen Schatzmeister des Ortsverbandes) eine Mitgliederliste zugesandt worden, die die Namen der beiden Mitglieder nicht enthalten habe. Vor Aufnahme eines Mitgliedes in einen Ortsverband müsse dem betreffenden Ortsverband zugebilligt werden zu ermitteln, ob das betreffende Mitglied seine politischen Rechte nur in einem Ortsverband wahrnehme und nicht als Mehrheitsbeschaffer bei verschiedenen Wahlen verschiedener Ortsverbände benutzt werde. Im übrigen sei S[4] im März 1991 aus dem Kreisverband L ausgeschieden. Seither habe er seinen Wohnsitz in O, dort gehe er auch offensichtlich einer Arbeit nach. An keiner der zeitlich nach dem 4.2.1992 gelegenen Mitgliederversammlungen und Parteiveranstaltungen habe er teilgenommen. Die inhaltliche Richtigkeit seiner schriftlichen Bestätigung vom 19.3.1992 müsse daher angezweifelt werden. Daß er am 4.2.1992 tatsächlich in B gewohnt habe, sei unrichtig.

Die Antragsteller/Beschwerdeführer, von denen 7 dem Parteimitglied H Vollmacht erteilt, beantragen

unter Aufhebung des Beschlusses des Landesschiedsgerichtes Nordrhein-Westfalen vom 29.4.1992 die Wahlen zum Ortsvorstand des Antragsgegners/Beschwerdegegners vom 4.2.1992 für nichtig zu erklären.

Der Antragsgegner/Beschwerdegegner beantragt

Zurückweisung der Beschwerde.

Beide Parteien haben sich mit einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung einverstanden erklärt. Das Bundesschiedsgericht hat aufgrund Beweisbeschlusses vom 7.8.1992 Beweis erhoben und bei Frau B, Herrn S[4] und G schriftliche Stellungnahmen eingeholt. Des weiteren wurde beim Einwohnermeldeamt der Stadt B die Auskunft aus dem Melderegister vom 10.11.1992 erhoben.

Die form- und fristgerecht erhobene Beschwerde ist zulässig. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß von den 9 Antragstellern/Beschwerdeführern außer dem Verfahrensbevollmächtigten diesem nur 7 Vollmacht erteilt haben. Die Beschwerde ist indessen nicht begründet.

1. Zwar ließ sich mit der vom Landesschiedsgericht gegebenen Begründung aufgrund des unstreitigen Sachvortrags nicht die sichere Feststellung treffen, die beiden Parteimitglieder S[4] und B hätten am 4.2.1992 im Gebiet des Ortsverbandes B ihren Hauptwohnsitz im Sinne von § 3 Abs. 1 der maßgeblichen Ortssatzung gehabt. Die Inbezugnahme der zitierten Entscheidung des OVG Münster verfährt nicht. Diese zur Maßgeblichkeit melderechtl. Bestimmungen ergangene Entscheidung ist für die vorliegend zu entscheidende Rechtsfrage ohne Belang. Sie befaßt sich nur mit der Frage, ob eine Kommunalverwaltung berechtigt sei, durch Bescheid einem Internatsschüler die Internatswohnung als Hauptwohnung im Sinne von § 16 Meldegesetz NRW zu bestimmen. Diese Frage hat das Gericht mit der Begründung verneint, einem solchen Verwaltungsakt fehle die entsprechende gesetzliche Ermächtigung. In diesem Zusammenhang hat das Gericht zwar auch ausgesprochen, daß die Unterkunft in einem Internat den Wohnungsbegriff des Meldegesetzes erfülle, indessen hat es weiter lediglich festgestellt, daß Internatsschüler nach § 28 Abs. 1 Satz 1 Meldegesetz von der allgemeinen Meldepflicht deshalb befreit seien, weil sie wie Personen zu behandeln seien, die in Krankenhäusern, Pflegeheimen oder sonstigen Einrichtungen untergebracht sind, die der Betreuung Pflegebedürftiger oder behinderter Menschen oder der Heimerziehung dienen. Solange sie für eine andere Wohnung gemeldet seien, bestehe keine Meldepflicht. Mit der Problematik des Begriffs Hauptwohnung hat sich das OVG Münster ausdrücklich gerade nicht befaßt.

2. Ob die Parteimitglieder S[4] und B am 4.2.1992 wahlberechtigt waren, ließ sich nur unter Auslegung des Begriffes "Hauptwohnsitz" im Sinne von § 3 Abs. 1 der Ortssatzung klären. Dieser in die Ortsatzung eingeflossene Begriff ist in erster Linie dem Kommunalwahlrecht, in zweiter Linie dem Melderecht des Bundes und der Länder entnommen. Zwar ist zutreffend, daß sich Parteien eine privatrechtlich durch Satzungsrecht für sie verbindliche Ordnung geben können, sie müssen dabei aber auch die öffentlich-rechtlichen Bestimmungen des Parteiengesetzes und eben auch die für Wahlen zu Parlamenten maßgeblichen Gesetze beachten.

Bedienen sie sich demzufolge bei Schaffung der für die Wahrnehmung von Mitgliedsrechten erforderlichen Voraussetzungen eines gängigen Rechtsbegriffs, der in öffentlich-rechtlichen Gesetzen verwendet wird und definiert ist, dann müssen sie bei dessen Handhabung auch dafür Sorge tragen, daß dessen Voraussetzungen im Sinne der maßgeblichen Gesetze, denen der Begriff entnommen ist, im Einzelfall erfüllt sind. Die Frage der Wahlberechtigung bei öffentlichen Wahlen hängt in der Tat vom Bestehen eines Hauptwohnsitzes im betreffenden Wahlgebiet ab. Nichts anderes kann bei parteiinternen Wahlen dann gelten, wenn der melderechtlich einschlägige Begriff "Hauptwohnsitz" als Voraussetzung des Erwerbs der Mitgliedschaft und damit der Wahlberechtigung gilt.

In § 12 Abs. 2 MRRG des Bundes wird der Begriff der Hauptwohnung wie folgt definiert:

Hauptwohnung ist die vorwiegend benutzte Wohnung des Einwohners. Hauptwohnung eines verheirateten Einwohners, der nicht dauernd getrennt von seiner Familie lebt, ist die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie. In Zweifelsfällen ist die vorwiegend benutzte Wohnung dort, wo der Schwerpunkt der Lebensbeziehungen des Einwohners liegt.

Die Bestimmungen des Melderechtes greifen auf § 7 BGB zurück, wonach eine Person durchaus gleich-zeitig mehrere Wohnungen haben kann. Auch andere Gesetze verwenden den Begriff des Wohnsitzes im Sinne des BGB und knüpfen Rechtsfolgen daran. Der Wohnsitzbegriff des BGB ist für das Staatsangehörigkeitsrecht ebenso für maßgeblich erklärt worden, wie für das Vertriebenenrecht (vgl. einerseits Bundesverwaltungsgericht in NJW 1986 S. 674 und andererseits in NJW 1989 S. 1904 sowie Bundesverfassungsgericht in NJW 1990 S. 2194.)

3. Unter Beachtung der vorstehenden Gesichtspunkte erschien es dem Bundesschiedsgericht aufgrund der im Verfahren vor dem Landesschiedsgericht vorgelegten Unterlagen zweifelhaft, ob die beiden Parteimitglieder S[4] und B am 4.2.1992 ihren Hauptwohnsitz in B hatten. Die Begründung eines Wohnsitzes im Sinne von § 7 Abs. 1 u. 2 BGB setzt neben der tatsächlichen Niederlassung auch den sogenannten Domizilwillen voraus. Der Aufenthaltsort muß zum Schwerpunkt der Lebensverhältnisse gemacht werden (vgl. Gitter in Münchner Kommentar zum BGB Randziffer 25 ff. zu § 7). Dies gilt insbesondere für mehrfache Wohnsitze, die der Bundesgerichtshof als Ausnahmetatbestände ansieht. Nach BGH (vgl. LM Nr. 3 zu § 7 BGB) heißt es insoweit:

Eine Person hat keinen Wohnsitz an einem Ort, an dem sie sich regelmäßig für kürzere oder längere Zeit aufhält, wenn der Auf-enthalt an diesem Ort jeweils im Hinblick auf die gesamten Lebensverhältnisse dieser Person nur im Hinblick auf einen begrenzten Teil ihrer geschäftlichen Beziehungen genommen wird.

Ein Wohnsitz besteht nach dem Gesetz immer nur an solchen Orten, die Mittelpunkt oder Schwerpunkt der gesamten Lebensverhältnisse sind. In der zitierten Entscheidung stellt das Bundesverfassungsgericht klar:

Danach wird ein Wohnsitz durch die ständige Niederlassung an einem Ort begründet. Das setzt in objektiver Hinsicht eine Niederlassung in dem Sinne voraus, daß der Schwerpunkt der Lebensverhältnisse am Ort der Aufenthaltnahme gebildet wird. In subjektiver Hinsicht ist der Wille erforderlich, den Schwerpunkt der Lebensverhältnisse dort dauernd beizubehalten.

4. Aufgrund der nunmehr eingezogenen Beweise steht zur Überzeugung des Bundesschiedsgerichts fest, daß sowohl S[4], als auch B am 4.2.1992 ihren Hauptwohnsitz in B hatten.

Das Parteimitglied S[4] hat dem Bundesschiedsgericht gegenüber in seiner Erklärung vom 7.10.1992 dargelegt, daß er beruflich als Versicherungs- und Finanzmakler in Ost-Westfalen-Lippe und im Großraum Osnabrück tätig sei. Dies bringe mit sich, daß er Wohnsitze in N und B unterhalte. Seinen überwiegenden Aufenthalt habe er seit Anfang 1992 wieder an seinem Wohnsitz in B. Zwar steht aufgrund der seitens des Bundesschiedsgerichtes erfolgten Rückfrage beim Einwohnermeldeamt der Stadt B fest, daß sich S[4] erst am 25.2.1992 mit Nebenwohnung in B angemeldet hat, jedoch erbrachte die eingeholte Auskunft auch, daß S[4] bereits seit 15.1.1992 tatsächlich in B wohnt. Dies ist von ihm nämlich entsprechend glaubhaft gemacht worden. Zweifel an der Richtigkeit der seitens des Mitgliedes bereits im Januar erfolgten Wohnsitznahme in B lassen sich nicht auf den Umstand gründen, daß das von S[4] benutzte Kraftfahrzeug in O angemeldet ist, denn dieses ist ein Fahrzeug seines Arbeitgebers. Daß das Parteimitglied S[4] den Schwerpunkt seiner Lebensverhältnisse spätestens Mitte Januar 1992 nach B verlegt hat, ergibt sich ferner daraus, daß er dem Ortsverband B der Jungen Liberalen seinen Umzug von N nach B im Januar 1992 bereits meldete, was den Vorstand der Jungen Liberalen des Ortsverbandes B unter dem 15. Januar 1992 veranlaßte, dies den Kreisverbänden L und S, den Bezirken OW und M und der Landes- und der Bundesgeschäftsstelle offiziell mitzuteilen.

Frau B hat in ihrer für glaubhaft erachteten Erklärung vom 22.10.1992 klargestellt, daß sie seit dem Jahre 1974 ihren Wohnsitz und eine Wohnung in B unterhalte. Nur für die Zeit ihrer Ausbildung in D unterhalte sie dort einen weiteren Wohnsitz. Ihre gesamte Familie wohne in B. Dort befinde sich ihr Freundeskreis. Dort sei sie aktives Mitglied der Jungen Liberalen und vertrete die örtlichen Jungen Liberalen auf dem Landeskongreß und im Landesvorstand. Die F.D.P. Lippe habe sie zur Delegierten zum Bezirksparteitag, zum Landesparteitag und zur Ersatzdelegierten zum Landeshauptausschuß gewählt. Auch ihre politische Öffentlichkeitsarbeit habe sie ununterbrochen in B betrieben. Ihr Kraftfahrzeug sei in L unter dem Kennzeichen [...] gemeldet. Angesichts dieser Gegebenheiten ist das Bundesschiedsgericht der Überzeugung, daß Frau B am 4.2.1992 ebenfalls mit dem Willen in B wohnte, dort den Schwerpunkt der Lebensverhältnisse dauernd beizubehalten.

Beide Parteimitglieder haben verbindlich erklärt, daß sie im Jahr 1992 bei keinem anderen Ortsverband Mitgliedsrechte wahrgenommen haben, so daß als ausgeschlossen gelten kann, daß sie mehrfach an Wahlen zu Organen von Ortsverbänden teilgenommen haben.

Die Beschwerde war daher als unbegründet zurückzuweisen. Gegen eine Veröffentlichung dieses Beschlusses bestehen keine Bedenken.

V.

Die Kosten und Auslagenentscheidung erfolgt aus § 28 Abs. 1 u. 3 Satz 1 der SchGO.